STADT NORDEN

Eilentscheidung	Wahlperiode 2006 - 2011	Beschluss-Nr: 0258/2007/1.1	Status öffentlich
<u>Tagesordnungspunkt:</u> Außerplanmäßige Ausgabe bei der HHSt. 6380.98100 (Rückzahlung von Landesmitteln)			
<u>Beratungsfolge:</u> 14.06.2007 Verwaltungsausschuss 27.06.2007 Rat der Stadt Norden			
<u>Sachbearbeitung/Produktverantwortlich:</u> Wiards		<u>Organisationseinheit:</u> Finanzen	

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 66 S. 2 NGO i. V. m. § 89 Abs. 1 NGO ergeht folgende Eilentscheidung:

Der außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 15.373,49 € bei der Haushaltsstelle 6380.98100 wird zugestimmt.

- Deckung:**
1. Mehreinnahmen bei der HHSt. 6380.35000 (Erschließungsbeiträge Gewerbegebiet) in Höhe von 4.200 €
 2. Minderausgaben bei der HHSt. 6380.95400 (Plan.- u. Baukosten westl. Erweiterung Leegemoor) in Höhe von 11.173,49 €

BÜ	StR	FB	RPA	FD	Erarbeitet von:

Sach- und Rechtslage:

Für die Baumaßnahme „Erschließung des Gewerbe- und Dienstleistungsparks Leegemoor, westliche Erweiterung“ gewährte die damalige Bezirksregierung Weser-Ems mit Bewilligungsbescheid vom 24.10.2001 der Stadt Norden einen Investitionszuschuss in Höhe von 50 % der förderfähigen Investitionskosten, höchstens jedoch 1.070.134,-- €.

Das Projekt wurde im Jahre 2004 fertig gestellt. Der entsprechende Verwendungsnachweis wurde am 22.04.2005 vom Fachdienst Bauen und Verkehr der inzwischen zuständigen Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (N-Bank) zugeleitet.

Mit Schreiben vom 23.04.2007 teilte die N-Bank das Ergebnis der von ihr vorgenommenen Prüfung des o. g. Verwendungsnachweises mit. Demnach wurden förderfähige Kosten in Höhe von 1.744.196,73 € anerkannt (förderfähige Kosten lt. Verwendungsnachweis: 1.774.943,69 €).

Der Differenzbetrag in Höhe von 30.746,96 €, der aufgrund der Prüfung des Verwendungsnachweises durch die N-Bank als nicht förderfähig eingestuft wurde, setzt sich zusammen aus Ablösesummen, die an das Straßenbauamt gezahlt wurden, in Höhe von 27.200,00 € und Gebühren für den Landkreis Aurich in Höhe von 3.546,96 €.

Die N-Bank fordert mit ihrem o. g. Schreiben einen Investitionszuschuss in Höhe von 15.373,49 € von der Stadt Norden zurück, der sich wie folgt berechnet:

Anerkannte zuwendungsfähige Investitionskosten:	1.744.196,73 €
Eine Förderquote von 50 % ergibt:	872.098,36 €
Bereits erhaltene Investitionszuwendungsabschläge:	<u>887.471,85 €</u>
Zuviel erhaltene Zuwendungen:	15.373,49 €

Da im Vermögenshaushalt 2007 keine Mittel für derartige Rückzahlungen eingeplant sind, wird eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 15.373,49 € bei der Haushaltsstelle 6380.98100 (Rückzahlung von Landesmitteln) erforderlich.

Deckung: Mehreinnahmen in Höhe von 4.200 € bei der HHSt. 6380.35000
Minderausgaben in Höhe von 11.173,49 € bei der HHSt. 6380.95400

Da die für die zuviel erhaltene Investitionszuwendung von der N-Bank noch Zinsen festgesetzt werden, die bis zum Tag des Eingangs des Rückforderungsbetrages berechnet werden, liegt eine Dringlichkeit vor, die eine Eilentscheidung gemäß § 66 Satz 2 NGO i. V. m. § 89 Abs. 1 NGO rechtfertigt.